Zeitschrift: Wissen und Leben
Herausgeber: Neue Helvetische Gesellschaft
Band: 21 (1918-1919)

Artikel: Wilsons Inkonsequenzen : ein Erklärungsversuch
Autor: Kanner, Heinrich
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-749198

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 10.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

WILSONS INKONSEQUENZEN
EIN ERKLÄRUNGSVERSUCH

Keiner der lebenden Staatsmänner scheint dem allgemeinen Verständnis so schwer zugänglich, wie der Präsident der Vereinigten Staaten, Wilson. Bald als moderner Apostel in den Himmel gehoben, bald als Moralheuchler in die tiefste Hölle verdammt, ist Wilson der heutigen Generation zum Problem geworden, zu einem Problem, dessen Lösung nachzugehen uns von besonderem Wert erscheint, weil es nicht nur ein persönliches, sondern auch ein politisches Problem ist.

Worauf laufen denn die schweren Vorwürfe, die Wilson gegenwärtig in der deutschen Presse gemacht werden, wenn man die Invektiven ausscheidet, in sachlicher Beziehung, eigentlich hinaus? Auf die Beschwerde, dass Wilson bei den Friedensverhandlungen inkonsequent geworden sei, dass er seine eigenen, in den bekannten vierzehn Punkten aufgestellten Grundsätze verleugnet und einem Friedensoperat seine Zustimmung gegeben habe, das mehr den Geist Clemenceaus und Lloyd Georges atmet, als den seinen. Ehe wir diesen Vorwurf der Inkonsequenz prüfen, möchten wir den Verkleinerern Wilsons zu Hilfe kommen, indem wir sie darauf aufmerksam machen, dass Wilson auch schon vorher, und zwar in der entscheidensten aller Fragen, ob Krieg oder Frieden, bereits eine große Inkonsequenz begangen hat, eine größere, als die ihm heute vorgehaltene. Wilson war, wie man sich erinnern wird, vom Anfang des Krieges an bis zum Januar 1917, das ist also durch zweieinhalb Jahre, der entschiedenste Gegner des Eintritts Amerikas in den Krieg. Vergebens bemühten sich seine politischen Antipoden von der republikanischen Partei, so insbesondere Roosevelt, das amerikanische Volk von der Notwendigkeit der Teilnahme am Krieg zu überzeugen. Wilson, und mit ihm das amerikanische Volk, blieb trotz der Verletzung der belgischen Neutralität, trotz der Versenkung der Lusitania friedlich gesinnt, bis der verschärfte Ubootkrieg kam, den Wilson, wie es sich gezeigt hat, mit Zustimmung des ganzen amerikanischen Volkes zum Anlass der Kriegserklärung nahm.

Das war eine schärfere Inkonsequenz als die neueste mit den vierzehn Punkten. Sind also die Vorwürfe der Charakterschwäche

oder der Charakterlosigkeit, die Wilson in deutschen Blättern so allgemein gemacht werden, gerechtfertigt und durch die Wiederholung der Inkonsequenz noch mehr gerechtfertigt? Oder gibt es eine andere Erklärung dieser Inkonsequenzen? Sollte vielleicht Wilsons politisches System auf einem Grundsatz beruhen, der die Inkonsequenzen rechtfertigt? Sollte Wilson aus Konsequenz gegen ein anderes, ihn beherrschendes politisch höheres Prinzip in den beiden Fragen inkonsequent geworden sein? Wenn wir Wilsons politische Anschauungen, wie er sie im Laufe seines Lebens und in zahlreichen Schriften niedergelegt hat, analysieren, stoßen wir allerdings auf eine wenig beachtete Grundanschauung, die die scheinbaren Inkonsequenzen zu erklären und unter einen höheren Gesichtspunkt zu vereinigen geeignet ist. Schon als junger Mann in seinen Zwanzigerjahren hat Wilson ein politisches Problem der amerikanischen Demokratie mehr gefesselt als die andern, das Problem der dauernden Übereinstimmung zwischen Wählern und Gewählten, Mandanten und Mandataren, während der ganzen Zeit des Mandats oder der Wahlperiode. Als ganz junger Mensch wies bereits Wilson in seinen allerersten politischen Publikationen auf jenen Fehler der amerikanischen Demokratie hin, dass der Gewählte, wenn er nur einmal das Mandat hat, bei nachher auftauchenden Fragen in geänderter Situation sich wenig mehr um die Meinung seiner Wähler kümmert, sondern selbständig, unter Umständen im Gegensatz zu der Anschauung seiner Wähler, handelt. Diese Erscheinung, die man in allen Staaten mit Repräsentativverfassung beobachten kann, fesselte die Aufmerksamkeit des jungen Publizisten. Er fand, dass hier der Punkt liegt, auf dem eine Erneuerung der Demokratie einsetzen müsse. Der Gewählte dürfe nicht selbstherrlich seine Wähler nach seinen eigenen Anschauungen vertreten, sondern fortlaufend die seiner Wähler zu erforschen trachten, um sie in seiner politischen Tätigkeit zum Ausdruck zu bringen. Der Gewählte müsse also während der ganzen Dauer seines Mandats sozusagen auf der Lauer liegen, die Meinungen seiner Wähler fortlaufend belauschen, er dürfe sich immer nur für das Sprachrohr derer ansehen, die durch ihre Wahl ihn dazu erkoren haben.

Das ist die politische Grundkonzeption Wilsons, wie sie schon in seinen ersten und auch in seinen spätern politischen Schriften

zutage tritt. Vergegenwärtigen wir uns nun die vorher erwähnten zwei Inkonsequenzen Wilsons und prüfen wir sie am Masstab jener Grundanschauung des Präsidenten, dann werden wir allerdings finden, dass die beiden Inkonsequenzen sich dieser Grundanschauung unterordnen, in ihr auflösen, und wir werden finden, dass Wilson während des ganzen Krieges ihr gemäß vorgegangen ist. So vor allem in der Frage über Krieg und Frieden. Während der zweieinhalb Jahre, da er am Frieden festhielt, trat er immer wieder in Botschaften, Adressen und Reden vor das Volk, in denen er seine Anschauung darlegte, und beobachtete die Wirkung seiner Worte auf die große Masse der Wählerschaft, um danach zu beurteilen, ob er mit seinen Anschauungen immer noch in Übereinstimmung mit der Wählerschaft sei oder nicht. In den ersten zwei Jahren des Weltkrieges war die Stimmung Amerikas offenbar unzweifelhaft friedlich, und das Wort, das Wilson im Anfang des Krieges geprägt hatte: „Wir sind zu stolz zu fechten", erwies sich als nicht zu gewagt. So ist er auch im Sommer 1916 gerade wegen seiner entschieden friedlichen Haltung zum Präsidenten wiedergewählt worden. Dann aber begann, wie sich wohl jeder aufmerksame Leser der Wilsonschen Äußerungen erinnern wird, eine gewisse Unklarheit und Unentschiedenheit sich in Wilsons Reden bemerkbar zu machen. Er sprach wohl nach wie vor für den Frieden, schwächte und vermischte aber diese Versicherung mit kriegerischen Anspielungen, mit Wendungen wie die, dass Amerika sich auf die Dauer den großen Welthändeln nicht fern halten könne, dass Amerika zu weit verzweigte Interessen in der Welt zu wahren habe u. ä. Das war offenbar die Periode des Übergangs. Wilson klopfte vorsichtig den ganzen politischen Körper der Union ab, um zu erraten, was in ihm vorgehe. Er hat richtig geraten. Denn, als er nach Beginn des verschärften Ubootkrieges sich für einen Eintritt Amerikas in den Krieg erklärte, war, wie sich ja gezeigt hat, ganz Amerika mit ihm einer Meinung. Es hatte sich wahrscheinlich allmählich ein Umschwung in der öffentlichen Meinung Amerikas durchgesetzt, den Wilson rechtzeitig erfasste. Er hat seiner politischen Grundanschauung entsprechend richtig gehandelt, und die scheinbare Inkonsequenz im Einzelfall war nur eine Konsequenz aus seiner demokratischen Grundauffassung.

Ähnlich mag Wilson auch bei den Friedensverhandlungen

gedacht haben. Wenn er sich und seinen Alliierten manche Abweichungen von seinen vierzehn Punkten im Friedensvertrag gestattet hat, so hat er sicher Anlass gefunden, anzunehmen, dass auch das früher neutrale amerikanische Volk, das seinerzeit seinen vierzehn Punkten zugestimmt hatte, inzwischen, nachdem es an der Seite der Westmächte den Krieg mit allen seinen Greueln am eigenen Leibe zu spüren Gelegenheit gehabt hatte, seine Auffassung über die Friedensbedingungen in manchen Punkten zu Ungunsten Deutschlands geändert hat, von Deutschland abgerückt und sachte den andern kriegführenden Staaten geistig und politisch näher getreten ist, so weit, dass Wilson jetzt den Zeitpunkt gekommen glaubt, um eine förmliche Defensiv-Allianz mit England und Frankreich zu schließen. Dies wäre natürlich eine neue Inkonsequenz, wenn man auf frühere Äußerungen des Präsidenten zurückgreift. Aber Allianz wie Verwässerung der vierzehn Punkte des Programms wäre doch wieder im höheren Sinn von Wilsons politischer Grundanschauung konsequent, wenn man annehmen darf, dass die Wendungen in der Haltung Wilsons nichts anderes sind als Folgeerscheinungen von Wendungen, die die *öffentliche Meinung der Union* durchgemacht hat. Von hier fällt ein neues Licht auf das Wort der berühmtesten seiner Botschaften: „dass jede Regierung nur mit Zustimmung der Regierten“ zu regieren befugt ist.

Wilsons hier gekennzeichnete politische Grundanschauung ist nicht eine abstrakte Theorie, sondern der Wegweiser für sein tägliches Handeln im politischen Amt, und sie steht heute noch dem Präsidenten der Union ebenso wegweisend und mahnend vor Augen wie dem publizistischen Anfänger von einstmals. Dafür können wir Belege aus den letzten Tagen beibringen. Wilson lässt sich wohl jetzt weniger als in früheren Stadien des Krieges öffentlich vernehmen, aber so ganz stumm ist er nicht geworden. Die Reden der letzten Zeit, die uns zu Gesicht gekommen sind, lassen gerade darauf schließen, dass Wilson jetzt während der Friedensverhandlungen mit seinem politischen Grundproblem lebhaft beschäftigt ist. Einem Stoßseufzer gleich klingt es zuweilen aus den Reden heraus, wie schwer dem Präsidenten die selbstlose Pflicht aufs Gewissen fällt, immer und unter allen Umständen die Anschauungen des Volkes zu vertreten und nicht seinen persönlichen Neigungen zu folgen. Es liest sich fast wie eine Entschuldigung,

wenn Wilson am 26. Mai d. J. auf einem Bankett der Repräsentanten der südamerikanischen Staaten im Hotel Meurice in Paris sagt: „Ich glaube, keine delikatere Aufgabe kann einem Mann gestellt werden, als die Empfindungen und Absichten eines großen Volkes zu verdolmetschen. Ich weiss, dass, wenn ich von mir selbst sprechen darf, die Hauptsorge, die ich gehabt habe, die war, der treue Dolmetscher des Geistes eines Volkes zu sein, *keine privaten oder eigenen Anschauungen auszudrücken,* sondern zu versuchen, den allgemeinen Geist einer Nation zum Ausdruck zu bringen."

Hier lehrt der alte Wilson im resignierten Ton dasselbe, was der junge einst von den Repräsentanten der Demokratie gefordert hat: Selbstverleugnung, Vertretung der Anschauungen der Nation bis zur Verleugnung der eigenen, geistige Aufopferung des Repräsentanten für die Repräsentierten.

Es ist eine neuartige Auffassung des politischen Führertums und der Demokratie, die uns aus Wilsons früheren politischen Schriften wie jetzt aus seinen Taten und Reden entgegentritt. Man mag sie billigen oder verwerfen, man muss sie jedenfalls kennen, wenn man verstehen will, was in diesem halben Jahr der Friedensverhandlungen in der Seele Wilsons und des amerikanischen Volkes vorgegangen sein mag. In Deutschland freilich ist sie bisher nicht ausreichend beachtet worden, obzwar eine Sammlung von politischen Essais Wilsons (unter dem Titel *Die neue Freiheit*) und auch eine ausführliche Biographie des Mannes in deutscher Übersetzung vorliegen. Während Wilson sich auf dem Weg befindet, die Demokratie zu verinnerlichen und zu vertiefen, den Führer der Demokratie auch für die Zeitdauer seines Mandats dem Willen der Geführten zu unterwerfen, gibt man sich in Deutschland noch einer sozusagen absolutistischen Auffassung der Demokratie hin. In Deutschland sieht man den jeweiligen Mandatar der Demokratie als deren Herrn an und schreibt ihm das Recht zu, ohne weitere Rücksichtnahme auf die Regierten, unter Umständen auch gegen ihre jeweilige Überzeugung, ihre Interessen lediglich nach seinen eigenen Anschauungen zu wahren. Deutsche Professoren haben sich schon vor dem Krieg, mit besonderem Eifer aber während des Krieges, mit dem burlesken Unternehmen abgemüht, aus den toten Buchstaben der amerikanischen Verfassung heraus zu interpretieren, dass der Präsident der Union für die vier Jahre seiner Amtsdauer „ein

unumschränkterer Herrscher sei, als — der deutsche Kaiser und König von Preußen", ja selbst vor dem Zaren aller Reußen wollte man dem amerikanischen Präsidenten inbezug auf Selbstherrlichkeit einen gewissen Vorsprung einräumen. Scheinbar dem Präsidenten schmeichelnd und die Weisheit der amerikanischen Verfassung preisend, nannten die deutschen Professoren, auf Grund ihrer paradoxen Interpretation der amerikanischen Verfassung, den Präsidenten das mächtigste Staatsoberhaupt der Welt. Die deutschen Professoren haben, wie so oft, nur die papiernen Dokumente vor Augen gehabt, nicht aber das pulsierende Volksleben, sie haben die Paragraphen der amerikanischen Verfassung in ihrem eigenen autokratisch gebildeten Geist aufgefasst, welcher nicht der Geist der Gründer der amerikanischen Union und auch nicht der Geist seiner heutigen Bürger ist. Jene falsche Auffassung hat aber dazu geführt, dass man in Deutschland von Amerika nichts weiter sah, als den Präsidenten, so wie die europäischen Diplomaten im alten absolutistischen Staat sich nur um die Potentaten und nicht um die Völker kümmerten. Von seinen Professoren irrig belehrt, ihren Lehren aber fest vertrauend, hat das deutsche Volk seine Rechnung ganz auf Wilson gestellt und so zweimal Enttäuschungen erlebt, die sich in schweren Invektiven Luft machen, das eine Mal, als Wilson, bis dahin der Friedensfreund, Deutschland den Krieg erklärte, jetzt das zweite Mal, da er, der Autor der vierzehn Punkte, den Friedensvertrag mit unterschreibt. In beiden Fällen warf man ihm Inkonsequenz, Wortbruch, Charakterlosigkeit, Schwäche und wie alle die schmeichelhaften Ausdrücke lauten, vor, in beiden Fällen handelte es sich aber nicht um die Inkonsequenz eines Einzelnen, sondern um den durch allbekannte Ereignisse herbeigeführten Stimmungs- und Meinungsumschlag eines ganzen großen Volkes, des amerikanischen Volkes, dessen Hundert-Millionen-Existenz über der des Einzelnen, Wilsons, übersehen wird. Nicht Wilson hat das deutsche Volk wegen seiner Inkonsequenzen anzuklagen, sondern seine eigenen Professoren und Staatsmänner, die die amerikanische Demokratie in einer so grundfalschen Beleuchtung vorführten, dass sie auf ein Haar der preußisch-deutschen Autokratie und dem russischen Zarismus ähnlich sah.

BERN HEINRICH KANNER

□□□